

Antrag

der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU - Gesetz zur Änderung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg - Drucksache 17/521

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

dem Landtag einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Klimaschutzgesetzes vorzulegen, der den Gesetzesentwurf zur Änderung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU - Drucksache 17/521 um eine Strategie ergänzt, die die Klimaschutzpotenziale der Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF-Sektor) erhält und stärkt, indem sie

1. auf eine nachhaltige und multifunktionale Waldbewirtschaftung sowie die Verwendung von Holz in Form von langlebigen Produkten setzt;
2. gezielte Maßnahmen zur Wiederbewaldung von Schadflächen sowie zur verstärkten Anpassung der Wälder an den Klimawandel im Rahmen eines klimarobusten Waldumbaus fördert;
3. die energetische Nutzung von Holz und anderer Biomasse fördert, wo dies nicht in Konkurrenz zur stofflichen Verwendung oder zur Nahrungsmittelerzeugung steht;
4. den Schutz von Moorflächen als CO₂-Senken und Biotope weiter vorantreibt;
5. die Entwicklung innerstädtischer Grünflächen, Kleingartenanlagen und Kaltluftschneisen fördert, um sowohl sommerlicher Überhitzung vorzubeugen als auch die urbane Biodiversität zu fördern;
6. die Forschung und Entwicklung im LULUCF-Sektor forciert, Innovationen befördert und die Chancen der Digitalisierung nutzt;
7. die Fort- und Weiterbildung sowie Beratung zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung aller Akteure im LULUCF-Sektor fördert;
8. die wissenschaftliche Ermittlung der Speicherfähigkeit und Speicherpotenziale von Wäldern und landwirtschaftlich genutzten Böden für CO₂ unter Berücksichtigung aller möglichen Kohlenstoffsinken auf Basis der LULUCF-Verordnung der Europäischen Union forciert und regelmäßig evaluiert;
9. alle Maßnahmen im Sinne der Ziffern 1 bis 8 unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit, Umwelt- und Sozialverträglichkeit sowie Akzeptanz umsetzt.

15.09.2021

Dr. Rülke, Bonath, Karrais, Hoher und Fraktion

Begründung

Nach Auffassung der FDP/DVP-Fraktion übersieht die derzeitige Klimaschutz- und Energiepolitik die vielen Potenziale naturnaher Lösungen. Die FDP/DVP-Fraktion fordert daher das Klimaschutzgesetz um eine Strategie zu ergänzen, die den Beitrag des Sektors Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF-Sektor) zum Klimaschutz stärkt.

Das enorme Klimaschutzpotenzial des Waldes kann aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion nur durch eine nachhaltige und aktive Bewirtschaftung der Wälder und der Holzverwendung erhalten werden. Ein Kubikmeter Holz entzieht der Atmosphäre beim Wachsen rund 1,4 Tonnen CO₂. Von Dauer bleibt der Entzug des CO₂ allerdings nur, wenn das Holz dem natürlichen Prozess der Verrottung langfristig entzogen ist. Ist ein Baum abgestorben und bleibt das Holz im Wald, dann wird ein Großteil des CO₂ wieder an die Atmosphäre abgegeben. Zudem sind Maßnahmen zur Wiederbewaldung der Schadflächen sowie Maßnahmen zur verstärkten Anpassung der Wälder insgesamt an den Klimawandel im Rahmen eines klimarobusten Waldumbaus notwendig.

Landwirtschaftlich genutzte Böden speichern ebenfalls CO₂ und entziehen es damit der Atmosphäre. Insbesondere Böden mit einem hohen Anteil organischer Substanz wie in Mooren oder Grünland sind in der Lage große Mengen CO₂ zu speichern. Auch durch den Erhalt von Dauergrünland oder die Anhebung des Humusgehalts von Ackerflächen kann Kohlenstoff langfristig im Boden gespeichert werden. So fixiert die deutsche Landwirtschaft aktuellen Berechnungen zufolge mehr Treibhausgase als sie emittiert.